

Antrag

der BVB/FREIE WÄHLER Gruppe

Regelungen für größere Abstände zwischen Windkraftanlagen (WKA) und Wohngebieten in Brandenburg, da der Schutz der Gesundheit unserer Bürger Vorrang haben sollte

Brandenburg ist einer der Vorreiter beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Angesichts des erreichten Standes sowie des geplanten weiteren Ausbaus der Windenergienutzung sind jedoch vor Ort erhebliche Akzeptanzprobleme entstanden. Ursachen hierfür sind vor allem, dass die Akzeptanz von Windenergieanlagen vielfach von der Entfernung solcher Anlagen zur Wohnbebauung abhängt und sich gleichzeitig die Höhe der Anlagen in den letzten Jahren schnell nach oben verändert hat. Dadurch sind die belastenden und bedrängenden Situationen für die betroffenen, in der Nähe der WKA wohnenden Brandenburger und ihre Gäste mindestens im selben Maße gestiegen.

Menschen, die in der Nähe der WKA wohnen und leben, klagen über innere Unruhe, Schlaflosigkeit, Müdigkeit, Schwindelgefühl, Hörstörungen, Migräne, Übelkeit, Konzentrationsschwierigkeiten, Herzrhythmusstörungen, Depressionen, Probleme mit der Atmung, Bluthochdruck, ... wobei diese Aufzählung nicht vollständig ist und immer neue Beschwerden hinzu kommen.

Ebenso wie bei Klimageräten, Lüftern, Pumpen oder Blockheizkraftwerken gehen von WKA Geräusche verschiedener Frequenz aus. Nachgewiesen ist, dass Infraschall, d.h. tiefe und nicht hörbare Frequenzen bis 16 Hz die Eigenschwingungen von Organen und Nervensystemen beeinflusst. Weiterhin weist er gegenüber hörbarem Schall eine erheblich höhere Reichweite bis zu mehreren Kilometern auf, die wegen der gigantischen Höhe der Anlagen noch vergrößert wird. Zusätzlich produzieren WKA Körperschall im Boden, der auch über große Strecken übertragen wird.

Infraschall wirkt auch ohne Wahrnehmung auf den ganzen Körper und dringt in Häuser ein, normale Hauswände und Fenster stellen keine Barrieren dar. Körperschall, der über den Boden übertragen wird, geht über die Wände von Wohnhäusern in sekundären Luftschall über und kann so die akustische Belastung im Raum noch verstärken.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat ICD-10 als Diagnoseschlüssel zur Klassifizierung von bekannten und akzeptierten Krankheitsbildern festgelegt. Der Code T75.2 ist der Schlüssel für Schäden durch Vibration inklusive Schwindel durch Infraschall. Er beinhaltet nach Beschluss des Bundesausschusses der Krankenkassen auch Schäden durch WKA.

Schwangere dürfen nach Mutterschutzgesetz nicht in der Nähe von Infraschallquellen arbeiten.

Grundsätzlich hat Infraschall ähnliche negative Wirkungen auf Gesundheit und Wohlbefinden wie hörbarer Schall und Lärm.

Es ist zwischen Wahrnehmungs- und Wirkschwelle zu differenzieren.

Eine Studie der Charité hat nachgewiesen, dass Infraschall die kortikale und subkortikale Konnektivität nahe der Hörschwelle verändert.

(Quelle: <http://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0174420#abstract0>)

Es ist notwendig, auch bei den erneuerbaren Energien den gesamten Zyklus dieser Technologien, von der Rohstoffbereitstellung bis hin zur Entsorgung in die Planungen und Risikoabwägungen einzubeziehen. Dies erfordert gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse zu gesundheitlichen Auswirkungen, um eine bewusste Abwägung von Nutzen und Zumutbarkeit von validen Beeinträchtigungen sowie Risiken vornehmen zu können. Insbesondere für die Immissionen im tieffrequenten und Infraschallbereich gibt es bisher keine belastbaren unabhängigen Studien, die Wirkungen auch unterhalb der Hörschwelle untersuchen.

Der Deutsche Ärztetag hat somit festgestellt, dass eine gesundheitliche Unbedenklichkeit der Schallimmissionen, die durch WKA verursacht werden, derzeit nicht nachgewiesen ist. Es wurde ein Antrag auf konsequente Infraschallforschung gestellt und angenommen und der Bundesärztekammer übergeben. In diesem Zusammenhang wurde gefordert, dass ein weiterer Ausbau in zu geringer Entfernung von Wohnsiedlungen so lange zu stoppen ist, bis hinreichend belastbare Daten vorliegen, die eine Gefährdung sicher ausschließen.

Das vom Parlamentarischen Beratungsdienst des Landtages im Februar 2016 vorgelegte Gutachten „Kann durch Landesrecht ein Mindestabstand zwischen Windkraftanlagen und Wohngebäuden festgesetzt werden?“ gelangt u.a. zu den Schlussfolgerungen, dass: „das Land ... grundsätzlich die Möglichkeit“ hat, „Abstände zwischen Windkraftanlagen und Wohngebäuden bzw. zwischen Wohngebäuden und Gebieten nach § 8 Abs. 7 ROG, wie Vorrang- und/oder Eignungsgebieten, durch verbindliche landesplanerische Festsetzung“ als Ziel in Raumordnungsplänen oder entsprechenden sachlichen Teilplänen „zu regeln ... und ... als Ziel der Raumordnung in einem Landesentwicklungsplan“ als Rechtsverordnung zu normieren. „In den Regionalplänen“ der Regionalen Planungsgemeinschaften „wird die Raumordnung ... vertieft und es sollen im Rahmen eines eigenen Gestaltungsspielraums weitere Ziele und Grundsätze der Raumordnung sowie qualitative oder quantitative Vorgaben festgesetzt werden“.

Der Landtag möge beschließen:

1. Der zu nahe Ausbau von WKA in unmittelbarer Nähe zu Wohnsiedlungen ist ab sofort nicht mehr zu genehmigen, solange keine belastbaren Daten vorliegen, die eine Gefährdung der Gesundheit durch Schall aller relevanten Frequenzen zuverlässig ausschließen, entsprechend der Forderung des Deutschen Ärztetages.
2. Den Bürgern, die Beschwerden wegen dieser Immissionen anmelden, sind entsprechende Schallmessungen anzubieten, die dann den zurzeit forschenden Institutionen zur Auswertung zur Verfügung gestellt werden.

3. Auf Grund der Vielzahl der WKA in Brandenburg und der damit betroffenen Bürger beteiligt sich das Land Brandenburg aktiv an der Forschung der Zusammenhänge von Schall, Infraschall und Erschütterungen oder entwickelt Kooperationen zu den schon bestehenden Forschungsverbünden, um frühzeitig die notwendigen Daten zu erhalten.
4. Das Wirtschafts- und das Gesundheitsministerium erarbeiten einen Leitfaden, der sicherstellt, dass problematische Teilaspekte der Nutzung und weiteren Entwicklung der WKA in Brandenburg umfassend untersucht, geklärt und nicht in die Zukunft verschoben werden (so wie es beim Ausstieg aus der Atomenergie mit den Brennstäben geschehen ist).
5. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für WKA sind dort umzusetzen, wo Bürger durch die Eingriffe in die Natur und Umgebung betroffen sind. Diese Maßnahmen sollen dazu dienen, die Lasten für die Bürger in den betroffenen Orten auszugleichen. Es soll wieder möglich werden, leerstehende Häuser zurückzubauen, Mülldeponien zu entsorgen und Grünbereiche in den Orten nach dem Wunsch der Gemeinde und der Einwohner anzulegen.
6. Auf der Grundlage des Gutachtens, welches der PBD erstellt hat, sind die Windeignungsgebiete durch die Regionalen Planungsgemeinschaften so zu erstellen, dass die Hinweise des Deutschen Ärztetages Berücksichtigung finden.

Begründung:

Die Akzeptanz für Erneuerbare Energie und deren Herstellungsmethoden sinkt zunehmend. Viele Bürger fühlen sich bedrängt, sie akzeptieren nicht, dass ihre Gesundheit geopfert wird.

Die Forschung im Bereich Schall wurde wegen der vielen Beschwerden der betroffenen Menschen stark vorangetrieben, auch wird das Zusammenwirken von akustischen seismischen Schwingungen erforscht. Die Emission und Wahrnehmung von Geräuschen einerseits und die Erschütterungen andererseits sind bisher isoliert betrachtet worden. Diese Sichtweise greift zu kurz.

Ein inzwischen begonnenes Forschungsprojekt, das mit enormen Mitteln aus dem Etat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie gefördert wurde, soll helfen, Emissionen durch WKA besser zu prognostizieren und in Abhängigkeit von Anlagenleistung, Entfernung zur Wohnbebauung und Topographie realistische Grenzwerte zu definieren und kontinuierlich zu überprüfen.

Die Forschungsergebnisse des Forschungsverbundes TremAc sollen 2019 vorliegen. Mit den Forschungsergebnissen wird den Forderungen der Betroffenen Rechnung getragen. Es begründet auch die dringende Empfehlung des Deutschen Ärztetages, WKA nicht zu nah an Wohnsiedlungen zu planen und zuzulassen.